

Antrag

des Abg. Peter Seimer u. a. GRÜNE

Interkommunale Zusammenarbeit im Kontext der Digitalisierung

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob die Landesregierung interkommunale Zusammenarbeit im Digitalisierungsbereich – insbesondere in der Verwaltungsdigitalisierung – für sinnvoll erachtet;
2. welche Formen der interkommunalen Zusammenarbeit im Digitalisierungsbereich der Landesregierung bekannt sind;
3. ob zum Beispiel die gemeinsame Erarbeitung einer Digitalstrategie und der damit einhergehenden Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems in Kooperation zweier oder mehrerer Kommunen, in Baden-Württemberg aktuell – insbesondere hinsichtlich rechtlicher Aspekte – möglich ist;
4. inwiefern die Landesregierung aktuell Vorhaben interkommunaler Zusammenarbeit im Digitalisierungsbereich bspw. mit einer Geschäftsstelle oder mit gezielten Finanzmitteln fördert bzw. unterstützt;
5. ob die Bereitstellung einer digitalen Anwendung oder digitaler Fachverfahren einer Kommune für eine andere Kommune umsatzsteuerpflichtig ist beziehungsweise sein kann;
6. welche Erkenntnisse sie aus den digital@bw Projekten „Digitale Zukunftskommune@bw“, „Digitalakademie@bw“, „Future Communities 4.0“ im Hinblick auf interkommunale Zusammenarbeit gewinnen konnte unter Nennung, was in diesen Projekten geleistet wurde;
7. welche Meilensteine die im April 2023 direkt im Innenministerium angesiedelte Koordinierungsstelle der Digitalakademie@bw in etwa zwölf Monaten erreicht hat;
8. welche Meilensteine der IT-Kooperationsrat aus dem E-Government-Gesetz Baden-Württemberg (EGovG BW) seit 2015 erreicht hat unter Nennung der in § 23 Absatz 3 genannten ebenenübergreifenden Kooperation in der Informationstechnik in Baden-Württemberg, wie der Weiterentwicklung der E-Government-Strategie des Landes oder landesspezifischer IT-Interoperabilitäts- und IT-Sicherheitsstandards für die ebenenübergreifende Kooperation in der in Baden-Württemberg eingesetzten informationstechnischen Systeme;
9. inwiefern ein Austausch zwischen IT-Architekturboard BW und IT-Kooperationsrat in Fragen der in § 23 Absatz 3 genannten Aufgaben des IT-Kooperationsrat stattfindet;
10. welche Vision sie für die Weiterentwicklung von service-bw hat;
11. wie der aktuelle Stand der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes ist unter Nennung des Umsetzungskonzepts im Zusammenspiel zwischen Land und kommunaler Familie.

10.7.2024

Seimer, Hildenbrand, Cataltepe, Häffner, Lede Abal, Andrea Schwarz, Sperling, Tuncer GRÜNE

Begründung

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung stellt vor allem kleinere Kommunen vor viele Herausforderungen, da Kosten und Ressourcenbedarf oftmals die vorhandenen Möglichkeiten übersteigen. Ein möglicher Lösungsweg ist interkommunale Zusammenarbeit. So unterstützt Hessen zum Beispiel die Kommunen Michelstadt, Erbach, Oberzent und Brombachtal im Programm „Starke Heimat Hessen“ finanziell bei der gemeinsamen Erarbeitung einer Digitalstrategie und der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems. Zudem existiert seit dem Frühjahr 2020 die Geschäftsstelle Smarte Regionen im Haus der hessischen Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, welche Kommunen dabei unterstützt, sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. Im Vergleich dazu haben wir im Land Baden-Württemberg seit April 2023 die neue Koordinierungsstelle der Digitalakademie@bw im Innenministerium.